

# **»... DIE KLAGE DER ARMEN EBENSO ZU HÖREN WIE DIE KLAGE DER ERDE«.**

## **DIE SCHÖPFUNGSENZYKLIKA DES PAPSTES FORDERT EINE »KULTURELLE REVOLUTION« GEGEN EIN »STRUKTURELL PERVERSES SYSTEM VON EIGENTUMSVERHÄLTNISSEN«**

Von Franz Segbers

Papst Franziskus hat mit seiner neuen Enzyklika »Über die Sorge für das gemeinsame Haus«<sup>1</sup> zu den sozialen und ökologischen Krisen ungeheure Aufmerksamkeit erregt. Er tritt auf als Anwalt des geschändeten Planeten und der Armen. Die renditegetriebene kapitalistische Wirtschaft und der exzessive Lebensstil der Reichen gefährden die Zukunft des Planeten. »Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde« (49).

»Diese Wirtschaft tötet.« Mit diesen Worten hatte Papst Franziskus in seinem ersten Rundschreiben über »Die Freude des Evangeliums« im November 2013 weltweites Aufsehen erregt und für Irritation gesorgt. Man war ausgewogene und diplomatische Stellungnahmen aus Rom gewohnt, eine kurial verschnörkelte Sprache, mit der die Machthaber gut leben konnten. Doch jetzt sprach ein Papst Klartext. Er schleuderte der kapitalistischen Wirtschaft ein vierfaches Nein entgegen: »Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, Nein zur neuen Vergötterung des Geldes, Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen und Nein zur sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt.« Medien und die politische Klasse waren alarmiert. »Drei Wörter: »Diese Wirtschaft tötet«, härter geht das nicht. Falscher auch nicht.«<sup>2</sup> Diesem Urteil der SZ pflichtet die FAZ bei: »Dass es zur Überwindung der Armut Marktwirtschaft und Kapitalismus braucht, kann dieser Papst nicht sehen.«<sup>3</sup> Genau das ist der Kern: Der Papst wagt es, den Kapitalismus als Ursache für ökologische Zerstörung und soziale Krisen zu benennen.

Nun hat Papst Franziskus Medien und Öffentlichkeit abermals aufgeschreckt: In seiner Enzyklika »Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus« radikalisiert er seine bisherige Kritik an der herrschenden Wirtschaft und Zivilisation. Und er erregt abermals nicht nur hohe Aufmerksamkeit, sondern stößt auf breite Ablehnung der Mainstream-Medien. Die FAZ attestiert: »Wo der Papst irrt – voller Zivilisationskritik und antiliberaler Zerrbilder«<sup>4</sup>. Die NZZ kritisiert den »kapitalismus- und technologiekritischen Impetus«: »So lehnt der Papst marktwirtschaftliche Maßnahmen wie die Internalisierung von Umweltkosten oder Emissionshandelssysteme zur Begrenzung des Treibhausgasausstoßes ab.«<sup>5</sup> Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht in der Enzyklika allenfalls Impulse, die »eher Wachstumskritiker und Gegner der Marktwirtschaft erfreuen«.<sup>6</sup> Für das politische Magazin Cicero ist das päpstliche Schreiben eine »antikapitalistische Kampfschrift« und ein »Frontalangriff auf die Wirtschaftsweise des Westens«. Die Fronten sind klar. Und die aufgescheuchten Kritiker haben durchaus Recht. Denn die Enzyklika fordert in der Tat eine »mutige kulturelle Revolution« (114), weil das »gegenwärtige weltweite System ... unhaltbar ist« (61). Galt der Papst nach der politischen Farbenlehre bislang als »rot«, so ist er jetzt wohl »rot-grün«. Woher rührt diese ungekannte und überraschende Radikalität, die so gar nicht dem Bild entspricht, das man sich hierzulande von den Kirchen macht?

### **1. Weltweiter antikapitalistischer Konsens der Kirchen**

Im November 2013 tagte die Zehnte Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan (Südkorea).<sup>7</sup> Ihre Beschlüsse konnten zwar nicht den Bekanntheitsgrad päpstlicher Worte erreichen, doch sie sind synodal-demokratisch zustande gekommen und geben gewissermaßen die »Beschlusslage« der Mitgliedskirchen wider. Im selben Monat erschien auch die deutlich antikapitalistische Schrift von Papst Franziskus. Die Beschlüsse des Ökumenischen Rates der Kirchen und die Verlautbarungen des Papstes

weisen eine klare gemeinsame Übereinstimmung in der Ablehnung des neoliberalen destruktiven Kapitalismus auf. Es gibt einen breiten Konsens aller evangelischen, orthodoxen, anglikanischen und römisch-katholischen Kirchen in der klaren Ablehnung von Geist, Logik und Praxis des Kapitalismus: Und diese wird von den Medien, der Öffentlichkeit und auch den Kirchen verschämt verdrängt und verschwiegen.<sup>8</sup>

Der Papst stellte sich nach seiner Wahl mit den Worten vor: »Ich komme vom Ende der Welt – aus Argentinien.« Gemeint war nicht bloß eine geografische Ortsangabe, sondern ein Hinweis auf die Menschen an den Rändern. Sie bilden die Mehrheit der Erdbewohner und inzwischen auch die Mehrheit der Christen. Mit dem ersten Papst aus dem Süden vollzieht sich ein Perspektivenwechsel: Mehrheit und Zukunft des Christentums sind nicht in Europa zu finden, sondern im globalen Süden. Die Kirchen in Europa sind demgegenüber provinziell und eine Minderheit.

## **2. Inhalte der Enzyklika**

Zentral für die Enzyklika ist eine Wahrnehmung und Analyse der Wirklichkeit, wie sie von den Opfern des westlichen Zivilisations- und Wirtschaftsmodells erlebt wird. Dabei nimmt die Enzyklika die wissenschaftlichen Ergebnissen der Klimaforschung auf und bedient sich einer argumentativen Parteilichkeit: »Es besteht eine sehr starke wissenschaftliche Übereinstimmung darüber, dass wir uns in einer besorgniserregenden Erwärmung des Klimasystems befinden.« Zwar gebe es auch andere Faktoren, »doch zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen, dass der größte Teil der globalen Erwärmung der letzten Jahrzehnte auf die starke Konzentration von Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan, Stickstoffoxide und andere) zurückzuführen ist, die vor allem aufgrund des menschlichen Handelns ausgestoßen werden« (23). Diese klare Analyse ist keineswegs unumstritten. So beeilte sich auch der republikanische Präsidentschaftsanwärter Jeb Bush zu erklären, dass nicht Bischöfe, Kardinäle oder der Papst seine Wirtschaftspolitik bestimmen.

### **2.1 Ausgangspunkt: Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören zusammen**

Zentrale Botschaft ist, dass die ökologischen Schäden auf die Produktions- und Lebensweise der Reichen zurückgehen und die Armen darunter zu leiden haben (vgl. u.a. 48, 93). Eine kleine Minderheit der Weltbevölkerung setzt ein nur für sie vorteilhaftes Produktionsmodell durch und beansprucht für sich einen Lebensstil, der zu globalen sozialen wie ökologischen Katastrophen führt. »Wir wissen sehr wohl, dass es unmöglich ist, das gegenwärtige Konsumniveau der am meisten entwickelten Länder und der reichsten Gesellschaftsschichten aufrechtzuerhalten, wo die Gewohnheit, zu verbrauchen und wegzuworfen, eine nie dagewesene Stufe erreicht hat. Es sind bereits gewisse Höchstgrenzen der Ausbeutung des Planeten überschritten worden, ohne dass wir das Problem der Armut gelöst haben« (27).

Dieser Produktions- und Lebensstil stellt eine »ökologische Schuld« (50) dar, verursacht durch einen exzessiven Rohstoffabbau, der schwere Umweltschäden verursacht und mächtige Länder schieben ihre umweltschädigenden Abfälle und Industrien in andere Länder ab (173). Diese »ökologische Schuld« steht in enger Verbindung zur Auslandsverschuldung, mit der den überschuldeten Staaten Austeritätsprogramme aufgedrückt werden - wie derzeit gegenüber Griechenland. Was Europa den armen Ländern angetan hat, schlägt nun auf Europa zurück. »Katastrophen-Kapitalismus« hatte Naomi Klein eine solche Politik genannt, bei der Umwelt- oder Schuldenkrise genutzt werden, um neoliberale Programme durchzusetzen, die ansonsten nicht durchsetzbar wären.<sup>9</sup>

Die Enzyklika spricht von der Erde als einer »Schwester« der Menschen. »Diese Schwester schreit«, weil sie missbraucht, misshandelt und verletzt werde: »Wir vergessen, dass wir selber Erde sind (vgl. Gen 2,7)«. Deshalb gilt: »Unser eigener Körper ist aus den Elementen des Planeten gebildet; seine Luft ist es, die uns den Atem gibt, und sein Wasser belebt und erquickt uns« (2). Diese Verwobenheit des Menschen mit der Natur ist der tiefere Grund für die unauflösliche Verbindung von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit. Die soziale Krise ungleicher Güterverteilung erzeugt die ökologische Krise.

Wie der Streit um den Steinkohleabbau und den drohenden Verlust von Arbeitsplätzen zeigt, gelingt es nicht nur in linken Debatten oftmals schwer, die ökologische mit der sozialen Gerechtigkeit zu verknüpfen. Demgegenüber heißt es in der Enzyklika: »Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussionen aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde« (49). Was hier zur Debatte steht, hat nur begrenzt etwas mit Verteilungsfragen zu tun. Vielmehr wird

offenbar, dass unsere Zivilisation strukturell nicht gerechtigkeitsfähig ist. Das Dilemma zeigte sich beim Ausbruch der Wirtschaftskrise: Mit der Wirtschaftskrise brach die Produktion ein. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringerte sich, doch die Arbeitslosigkeit nahm zu. Was also ökologisch erwünscht ist, wird sozial zur Katastrophe und was sozial erwünscht ist, führt zu einer ökologischen Krise.

Im renditegetriebenen Kapitalismus kann es im Dilemma zwischen Wirtschaftswachstum und Ökologie keinen »Fortschritt in einem Mittelweg« (194) geben: »In diesem Zusammenhang sind die Mittelwege nur eine kleine Verzögerung des Zusammenbruchs. Es geht schlicht darum, den Fortschritt neu zu definieren«. In Abgrenzung von irrigen »Mittelwegen« fordert die Enzyklika: »Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann« (193). Was hier mit »Rezession« wiedergegeben wird, heißt im spanischen Original »decrecimiento« und meint keineswegs eine wirtschaftliche Flaute, ist also nicht im Sinne eines Schrumpfungsappells zu verstehen, sondern spricht die Postwachstumsdebatten an und wendet sich gegen die Vorstellung einer wachstumsbasierten renditegetriebenen Ökonomie. Gegenwärtig konsumiert ein Viertel der Weltbevölkerung vorwiegend des globalen Nordens drei Viertel der Ressourcen und erzeugt drei Viertel des Abfalls und der Emissionen. Diese Problematik lässt sich mittels Steigerung der Ressourcenproduktivität allein nicht entschärfen.

In diesem Konflikt bezieht der Papst eindeutig Stellung. Er fordert, dass die Hauptlasten einer ökologischen Transformation von den Industrieländern getragen werden müssen, denn »die armen Länder müssen notwendig der Ausrottung des Elends und der sozialen Entwicklung ihrer Bewohner den Vorrang einräumen« (171). Es geht um eine Wahl zwischen zwei Wegen: »Gutes Leben für wenige« oder »Gutes Leben für alle«, wobei letzteres das überlieferte Wohlstandsmodell in Frage stellt. In diesem Konflikt geht es um zentrale Werte der Linken wie Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle. Wer für diese eintritt, muss auch ökologisch denken. Das macht die Stärke der Enzyklika aus: Sie fordert nicht ein bisschen mehr Umweltschutz, kein grünes Wachstum, auch keinen grünen Kapitalismus.

## **2.2 Auslöser der sozialen und ökologischen Doppelkrise**

»Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise.« (139) Wie ist es zu dieser Doppelkrise gekommen? Das entscheidende analytische Stichwort dafür ist das »technokratische Paradigma«, das dazu geführt hat, die Beziehung des Menschen zur Natur und zur Welt rein instrumentell zu verstehen. Dem bekannten biblische Wort »sich die Erde untertan machen (Gen 1, 28)«, wird oftmals vorgeworfen, für die Umwelt- und Klimakrise verantwortlich zu sein. Es habe eine Haltung hervorgerufen, die auf Beherrschung und Aneignung aus sei. Dazu ist anzumerken, dass bis zur anthropozentrischen Wende mit dem beginnenden 17. Jahrhundert dieser Bibelvers keineswegs als Rechtfertigung schrankenloser Verfügung über die Schöpfung gelesen wurde. Mit der Durchsetzung eines rationalistisch-instrumentellen Weltverständnisses bediente man sich dann zur Legitimierung kapitalistischer Interessen biblischer Bezüge. Die Enzyklika weist diesen Bibelgebrauch zurück. Sie betont die biblische Verpflichtung, die »Erde zu bebauen und zu bewahren (Gen 2,15)« und folgert daraus: »Jede Gemeinschaft darf von der Erde das nehmen, was sie zu ihrem Überleben braucht, hat aber auch die Pflicht, sie zu schützen und das Fortbestehen ihrer Fruchtbarkeit für die kommenden Generationen zu gewährleisten« (67).

Durch das »technokratische Paradigma« (u.a. 101, 108) ist eine »anthropologische Maßlosigkeit« (116) zum System geworden, deren absoluter Wert die »Befriedigung der eigenen Pläne und der eigenen unmittelbaren Bedürfnisse« (123) sei. Dieses »technokratische Paradigma« ist allgegenwärtig und herrscht totalitär über Menschen, die Erde und die Politik. Dieser Totalitarismus führt zu der »irrigen Annahme« und »Idee eines unendlichen und grenzenlosen Wachstums, das die Ökonomen, Finanzexperten und Technologen so sehr begeisterte. Dieses Wachstum setzt aber die Lüge bezüglich der unbegrenzten Verfügbarkeit der Güter des Planeten voraus, die dazu führt, ihn bis zur Grenze und darüber hinaus »auszupressen« (106). Der Mensch sieht sich im Verhältnis zur Natur in einer Subjekt-Objekt-Beziehung.

## **2.3 Absicherung der Interessen einer Minderheit**

Eine kleine, aber mächtige Minderheit der Weltbevölkerung, die über die technischen Mittel wie auch die wirtschaftliche und politische Macht verfügt, beansprucht einen verschwenderischen Lebens- und Konsumstil, der nicht verallgemeinerungsfähig ist. Längst ist »die Kapazität des Planeten derart überschritten, dass der gegenwärtige Lebensstil, da er unhaltbar ist, nur in Katastrophen enden kann, wie es bereits periodisch in verschiedenen Regionen geschieht« (161). Was der Papst kritisiert, hat Stephan

Lessenich einen »Wohlfühlkapitalismus« genannt.<sup>10</sup> Er meint damit nicht, dass Menschen über ihre Verhältnisse leben, wie die neoliberale Propaganda propagiert. Vielmehr würden Kosten externalisiert, und ein solcher Wohlfühlkapitalismus lebe über die Verhältnisse anderer. Das nennt Ulrich Brand eine »imperiale Lebensweise«<sup>11</sup>. Imperial, weil sie auf der Ausbeutung billiger Arbeitskraft und fremder Ressourcen im Süden basiert, um einen exzessiven Konsum aufrechterhalten zu können. Coca Cola und H&M gibt es in Berlin und Stuttgart genauso wie in São Paulo oder Manila. Primark oder Kik sind so billig, weil der wahre Preis anderswo bezahlt wird – von den Arbeiterinnen in Bangladesch, China oder auf den Philippinen.

»Ein strukturell pervernes System von ... Eigentumsverhältnissen« (52) unterdrückt die Armen. Der Papst warnt: »Die Politik darf sich nicht der Wirtschaft unterwerfen, und diese darf sich nicht dem Diktat und dem effizienzorientierten Paradigma der Technokratie unterwerfen. Im Hinblick auf das Gemeinwohl besteht für uns heute die dringende Notwendigkeit, dass Politik und Wirtschaft sich im Dialog entschieden in den Dienst des Lebens stellen, besonders in den des menschlichen Lebens« (189). Scharf kritisiert er die Logik einer neoliberalen Wirtschaftsdoktrin nach dem Motto: »Lassen wir die unsichtbare Hand des Marktes die Wirtschaft regulieren, da ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft und auf die Natur ein unvermeidbarer Schaden sind« (123). Er kritisiert ein privatkapitalistisches Eigentumsverständnis, das sich der ganzen Welt bemächtigt: »Man kann aber nicht eine Wirtschaft ohne Politik rechtfertigen ... Die Logik, von der man keine aufrichtige Sorge um die Umwelt erwarten kann, lässt auch nicht erwarten, dass sie besorgt ist, die Schwächsten einzubeziehen« (196).

#### **2.4 Große Verheißung: Bereicherung um jeden Preis**

Das Wirtschafts- und Zivilisationsmodell des Kapitalismus wird mit einer Verheißung legitimiert: Allein der Markt, der unbegrenztes Wachstum und absoluten Reichtum verspricht, werde alle Probleme lösen. Längst hat sich die Politik dieser Verheißung unterworfen und diese nicht einmal in der dramatischen Finanzkrise korrigiert: »Die Rettung der Banken um jeden Preis, indem man die Kosten dafür der Bevölkerung aufbürdet, ohne den festen Entschluss, das gesamte System zu überprüfen und zu reformieren, unterstützt eine absolute Herrschaft der Finanzen, die keine Zukunft besitzt« (189). Wie können die herrschenden Denkmuster so verändert werden, dass die natürliche Umwelt als ein Rechtsgut begriffen wird, ein »Menschenrecht auf Wasser« (30,185), ein Menschenrecht der Bauern auf Land (94), Umwelt als ein kollektives Gut (95), Recht auf würdige Arbeit ohne Ausbeutung (154), »Rechte der zukünftigen Generationen« (109) oder Klima als »ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle« (23) anerkannt wird?

#### **2.5 Buen vivir – gutes Leben für alle**

Aus der andinen Welt Lateinamerikas kommt ein Fremdwort in die Debatte: die Idee des guten Lebens für alle: »buen vivir«. Es bricht mit einem Anthropozentrismus, der eine auf Aneignung, Akkumulation und Wirtschaftswachstum zielende Wirtschaftsweise und Zivilisation hervorgebracht hat. Auch in der Linken ist ein Denken in den Kategorien der Naturaneignung und Naturbeherrschung tief verwurzelt. »Buen vivir« zielt nicht auf eine nachhaltigere Nutzung der Natur; sie will eine Form des Zusammenlebens auf diesem Planeten, in welcher der Mensch die Natur nicht mehr beherrscht und unterwirft.<sup>12</sup> Dieses andere Verständnis von Mensch und Natur und des Menschen in der Natur hat sehr praktische Auswirkungen: Die Rechte der Unternehmen auf die Ausbeutung von Rohstoffen finden ihre Grenze an den eigenständigen Rechten von »Mutter Erde«.

Ziel kann nicht das Wachstumsmodell des Nordens sein, sondern eine Konzeption des »Guten Lebens für alle«, die auf der »gemeinsamen Bestimmung der Güter für alle« (93) beruht und der Schöpfung als eigenem Rechtssubjekt umfassende Rechte einräumt. Eine ökologisch begründete Gleichheit, in religiöser Sprache »das gemeinsame Haus« ist von anderer Qualität. Sie untergräbt Herrschaftsverhältnisse, indem sie den Planeten als Mutter Erde und alle, die diesen Planeten bewohnen, als Schwestern und Brüder begreift. Das relativiert die hergebrachte Eigentumsordnung. Ein »ökologisches Menschenrecht«<sup>13</sup> für »das gemeinsame Haus« kann ein Wegweiser für eine rechthebasierte linke Praxis sein. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf einen gleichen Anteil an den Gütern des Planeten. Denn die Erde ist »ein gemeinsames Erbe..., dessen Früchte allen zugutekommen müssen.... Folglich muss der gesamte ökologische Ansatz eine soziale Perspektive einbeziehen, welche die Grundrechte derer berücksichtigt, die am meisten übergangen werden« (93). Dann wäre nicht mehr zu legitimieren, dass sich Multimillionäre mit ihren Privatjets einen größeren Anteil an den Gütern der Erde aneignen als die alleinerziehende Harz IV-Bezieherin. Die Bevölkerung des Nordens verbraucht mit über zehn Tonnen Kohlendioxid pro Kopf und

Jahr weit mehr als global verträglich. Sie steht dem Süden gegenüber ökologisch in der Schuld. Vom unteilbaren und gleichen ökologischen Menschenrecht her ist alles, was jenseits eines nicht-nachhaltigen Niveaus in Anspruch genommen wird, moralisch nicht legitim und rechtlich illegal. Kein Eigentumstitel, kein sozialer Status, auch nicht das Privileg im Norden geboren zu sein, definieren die Rechte der Menschen, sondern die ökologische menschenrechtliche Gleichheit ist das Maß für die rechtlich zustehende Naturnutzung. Dieses neue ökologische Menschenrecht muss wie alle Menschenrechte erstritten werden. Längst haben die indigenen Völker Lateinamerikas die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte durch eine Allgemeine Erklärung der Rechte der Mutter Erde vervollständigt.<sup>14</sup> Dieses ökologische Menschenrecht formuliert Konsequenzen: »Es wird unerlässlich, ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen enthält und den Schutz der Ökosysteme gewährleistet« (53, auch 177).

## **2. Bündnis für eine universelle Solidarität**

Die Kirchen übernehmen die Rolle, gemeinsam mit der Mehrheit der Weltbevölkerung, die Opfer des Wirtschafts- und Lebensstils des globalen Nordens ist, eine grundsätzlichere Kapitalismuskritik auf die Tagesordnung zu setzen, als sie in weiten Kreisen der Linken und der Gewerkschaftsbewegung beheimatet ist. Oft tut sich diese schwer, eine gleichermaßen soziale wie ökologische Vision hervorzubringen. Nur zu oft betrachten die meisten Linken den nötigen Systemwechsel nur gesellschaftlich, nicht im Verhältnis zur Natur.

Die ökologisch-soziale Doppelkrise braucht auch eine neue Aufmerksamkeit für die Wahrheiten der Andern. Angesichts der globalen Herausforderungen passen die alten Begrifflichkeiten in der Linken in vielerlei Hinsicht nicht mehr. Jürgen Habermas hat in jüngster Zeit immer wieder auf religiöse Traditionen hingewiesen und ihnen moralische Kraft zugetraut. Deshalb sollte auch eine säkulare Gesellschaft ihren »religiösen Bürgern auf gleicher Augenhöhe begegnen«<sup>15</sup>. Religionen enthalten eine jahrtausendealte reiche Weisheitstradition, welche die Enzyklika aufgreift und von dem gemeinsamen Haus spricht, das »wie eine Schwester ist, mit der wir das Leben teilen, und wie eine schöne Mutter, die uns in ihre Arme schließt« (1). Mit diesem Bild wird eine gleichsam familiäre Verantwortungsgemeinschaft aller Geschöpfe begründet. Papst Franziskus hat seine Enzyklika nach dem Sonnengesang des Franziskus von Assisi (1181 bis 1226) benannt, der mit einem »Laudato si« beginnt. Darin besingt Franziskus mit einem »Gelobt seist du« seine Verbundenheit mit der Schwester Mond, dem Bruder Wind, der Schwester Wasser und der »Mutter Erde, die uns erhält und lenkt und vielfältige Früchte hervorbringt und bunte Blumen und Kräuter«. Die FAZ vermag darin nur die etwas wirre Rede eines radikalen Aussteigers der Vormoderne zu erkennen. »Somit werden hier vorindustrielle Zeiten verklärt, als sich »der Mensch und die Dinge« noch »freundschaftlich die Hand« gereicht haben. Die Rückkehr dahin ist eine schreckliche Vorstellung.«<sup>16</sup>

Es geht um mehr als Biogemüse oder Biobrötchen. Die ökologisch-soziale Doppelkrise erfordert neue Bündnisse aller Kräfte, um das »Gemeinsame Haus für alle« so zu gestalten, dass für alle ein Leben in gleicher Freiheit und Würde möglich wird. Mit seiner Enzyklika lädt der Papst »zu einem neuen Dialog ein über die Art und Weise, wie wir die Zukunft unseres Planeten gestalten« (14). Er setzt nicht auf die Einsicht der Mächtigen. Er weiß um die »Ablehnung der Machthaber, ... Interessenlosigkeit der anderen. Die Haltungen, welche – selbst unter den Gläubigen – die Lösungswege blockieren, reichen von der Leugnung des Problems bis zur Gleichgültigkeit, zur bequemen Resignation oder zum blinden Vertrauen auf die technischen Lösungen« (14). Doch es gibt ermutigende Anzeichen bei Jugendlichen, weltweiten ökologischen Bewegungen und zahlreichen Bürgerverbänden. Der Papst setzt auf die Kraft der Solidarität von unten: »Wir brauchen eine neue universale Solidarität« (4).

*Franz Segbers, Dr. theol., alt-katholischer Theologe, bis 2011 Referent für Arbeit, Ethik und Sozialpolitik im Diakonischen Werk Hessen und Nassau, bis 2014 Professor für Sozialethik an der Universität Marburg, Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Linke Christinnen und Christen in Hessen, seit 2008 Gastdozent auf den Philippinen.*

- 
- 1 Zitiert wird die Enzyklika nach der offiziellen Ausgabe im laufenden Text mit der Angabe der Ziffern, in: [http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco\\_20150524\\_enciclica-laudato-si.html](http://w2.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_enciclica-laudato-si.html). Zitiert im folgenden Text mit Ziffern in Klammern.
- 2 Beise, Marc: Der Papst irrt, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.11.2013.
- 3 Hank, Rainer: Tyrannei des Marktes“ Die Kirche verachtet die Reichen, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 1.12.2013.
- 4 Grossbarth, Jan: Wo der Papst irrt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.6.2015.
- 5 Hofmann, Markus: Öko-Kritik des Papstes geht fehl, in: Neue Zürcher Zeitung vom 23.6.2015.
- 6 Enste, Dominik: Nachhaltigkeit und Wachstum miteinander vereinbaren, in: <http://www.iwkoeln.de/infodienste/iw-nachrichten/beitrag/papst-enzyklika-nachhaltigkeit-und-wachstum-miteinander-vereinbaren-231347> (Zugriff am 25.6.2015)
- 7 Der Ökumenische Rat der Kirchen mit Sitz in Genf ist ein Zusammenschluss von fast 350 anglikanischen, evangelischen und orthodoxen Kirchen aus allen Erdteilen.
- 8 Die große Übereinstimmung der Kirchen wird ausführlich dargestellt in: Segbers, Franz/Wiesgickl, Simon: Diese Wirtschaft tötet. Kirchen gemeinsam gegen Kapitalismus, Hamburg/Oberursel 2015.
- 9 Klein, Naomi: Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt 2007.
- 10 Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut, in: Süddeutsche Zeitung vom 30.10.2014.
- 11 Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse, in: Demirovic, Alex, u.a. (Hrsg.), Vielfachkrise im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011, 79-94.
- 12 Gudynas, Eduardo: Buen vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, Analysen, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- 13 Thie, Hans: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Hamburg 2013, 71.
- 14 Vgl. dazu: Segbers, Franz: Ökonomie, die dem Leben dient. Die Menschenrechte als Grundlage einer christlichen Wirtschaftsethik, Kevelaer / Neukirchen-Vluyn 2015, 164-168.
- 15 Habermas, Jürgen, Nachmetaphysisches Denken, Bd. II. , Berlin 2012, 327.
- 16 Grossbarth, Jan: Wo der Papst irrt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20.6.2015.